Anonymisiertes und entpersonifiziertes Schreiben vom 20. Juni 2011 an Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Lieber Axel,

Ich habe ein paar Fragen:
Deutsche privat Banken (Deutsche Bank) und Versicherungen (Allianz) halten nur noch kleine Positionen an griechischen Anleihen.
Wer hat die Anleihen gekauft?
Das Sparpaket für Griechenland bedeutet gleichzeitig den Ausverkauf von griechischem Eigentum (das Eigentum jeder einzelnen Griechin).
Wäre es nicht besser für Griechenland, um seine Souveränität zu behalten, ganz bewusst in die Insolvenz zu gehen?

In so einem Fall könnte die `Internationale Linke´ Griechenland Hilfe und Unterstützung anbieten, um ein neues griechisches System zu entwickeln, dass Wege baut, die es ermöglichen eine emanzipatorische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft zu entwickeln. Dass die internationale Linke über Kompetenzen, sprich Personen, verfügt die das können, bin ich mir sicher. Ich glaube es steht der `Linken´ gut an sich auf die Menschen in Griechenland zu konzentrieren und nicht auf irgendwelche Kapital-Interessen.
Ich würde mich sehr freuen von dir zu hören und vielen Dank.

Mit vielen Grüßen,

xxx

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Dr. Axel Troost
Mitglied des Deutschen Bundestages
Finanzpolitischer Sprecher, DIE LINKE.

Dr. Axel Troost, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin
Deutscher Bundestag – Jakob-Kaiser-Haus
Haus Süd, Raum 3.849
Wilhelmstr. 68 A
11011 Berlin
Telefon (030) 227 – 71 286
Fax (030) 227 – 76 286
Mobil (0172) 3 91 00 95
E-Mail axel.troost@bundestag.de
Web www.axel-troost.de

Berlin, 22.06.2011

Lieber <anonymisiert>

wir haben häufiger versucht, genaue Zahlen über die Gläubigerstruktur griechischer Anleihen zu erhalten. Dazu haben wir nie Antworten erhalten, zumal es keine Register über die Halter von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren gibt. Seit kurzem wissen wir etwas besser Bescheid: Ende 2010 haben deutsche Banken 34 Mrd. € an Forderungen gegenüber Griechenland gehalten, davon 22,7 Mrd. € gegenüber dem Griechischen Staat (BIZ). Die großen deutschen Versicherungsgruppen hatten Ende März griechische Staatsanleihen in Höhe von 2,8 Mrd. € (Bafin).

Wenn man den Aussagen von Reuters trauen kann, liegt der Großteil der von Banken gehaltenen griechischen Anleihen bei Bad Banks oder Landesbanken (siehe Anlage). Ich nehme an, dass die Deutsche Bank vor allem über die Postbank involviert ist. Die EZB soll inzwischen schon um die 50 Mrd. € an griechischen Staatsanleihen halten. Nach und nach wächst auch der von EU und IWF gehaltene Anteil, da diese momentan die Refinanzierung Griechenlands praktisch allein übernehmen. Somit wäre eine Gläubigerbeteiligung für die Steuerzahler schonmal nicht der große Wurf.

Das als Vorbemerkung. Deine Frage ging in die Richtung, in welcher Form private Gläubiger ihr Engagement zurückgefahren und ihre Risiken aus den Griechenlandpapieren an die öffentliche Hand losgeworden sind. In diesem Zug muss man natürlich auch überlegen, ob das Warten mit einer Umschuldung nicht alles noch viel schlimmer macht.

Die EZB hat die Staatsanleihen am Sekundärmarkt aufgekauft (d.h. von anderen Gläubigern übernommen). Da selbst die 50 Mrd. € unbestätigt sind, gibt es wohl noch weniger offizielle Zahlen darüber, wem die EZB die Papiere abgenommen hat. Wegen der befürchteten Insolvenz bzw.

Umschuldung, haben die Verkäufer damit mit Sicherheit Abschläge hinnehmen müssen, wie hoch die sind ist unbekannt.

Deutsche Institute haben im letzten Jahr Anfang Mai eine Selbstverpflichtung abgegeben, wonach sie ihr Anleiheengagement für Griechenland aufrecht erhalten würden. In der FTD stand nun vor kurzem, dass sie ihr Engagement dennoch seitdem um ein Drittel reduziert haben sollen. Mein Kollege Michael Schlecht hat daraufhin eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt (siehe Anlage). Nach deren Antwort soll das über 2013 hinausreichende Engagement von Mai 2010 bis Mai 2011 von 26 Mrd. € auf 21 Mrd. € zurückgegangen sein. Das Engagement in Anleihen, die vorher ausliefen, ging von 8 Mrd. € auf 5,4 Mrd. € zurück.

Der Rückgang solle aber auch damit zu erklären sein, dass sich Institute in der Restrukturierung befänden und ihre Aktiva deswegen abbauen müssen. Gemeint ist damit vermutlich, dass die Bad Banks der HRE und WestLB ihre Papiere einfach nur loswerden bzw. auslaufen lassen müssen. Das ist nicht unplausibel.

Wenn man auch bedenkt, dass Staatsanleihen nie die Zockerpapiere waren, denke ich nicht, dass die Deutsche Bank oder Commerzbank in großem Stil von den Ankaufprogrammen profitiert haben, zumindest nicht im Vergleich mit anderen Beteiligten. Allianz und Münchener Rück scheinen tatsächlich ihr Engagement deutlich abgebaut zu haben. Ein Vorwurf in diesem Zusammenhang ist, dass vor allem französische Banken ihre Griechenlandpapiere an die EZB weiterverkauft haben. Das scheint tatsächlich der Fall zu sein. Ich denke, dass aber eine erhöhte Bankenabgabe oder die Finanztransaktionssteuer eine bessere Idee sind als eine Gläubigerbeteiligung.

Zur zweiten Frage:
Ich habe bisher nichts davon gehalten, Griechenland in die Insolvenz gehen zu lassen. Das würde zum einen einen derben Rückschlag für ein solidarisches Europa bedeuten, zum anderen wäre dann sofort die Gefahr, dass Irland, Portugal und andere Krisenstaaten daraufhin an Bonität verlieren würden und die Krise dadurch verschärft und vermutlich teurer würde. Deswegen fordern wir u.a. auch Eurobonds und andere Maßnahmen.

Gläubigerbeteiligung in Form eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens macht erst nach der Einführung von Eurobonds oder einer "Bank für öffentliche Anleihen" wirklich Sinn. Die Fraktion hat dazu ein lesenswertes Forderungspapier "Wege aus der Krise" verabschiedet, dem monatelange Arbeit und kontroverse Debatten vorausgegangen sind. Das halte ich auch für eine weitaus bessere Ausgangsposition für eine "Internationale Linke" als eine griechische Insolvenz.

Realpolitisch betrachtet stelle ich natürlich fest, dass die griechische Bevölkerung ein brutales Sparprogramm erleidet und der Ausverkauf griechischen Staatsbesitzes vorangetrieben wird. Trotz der ganzen

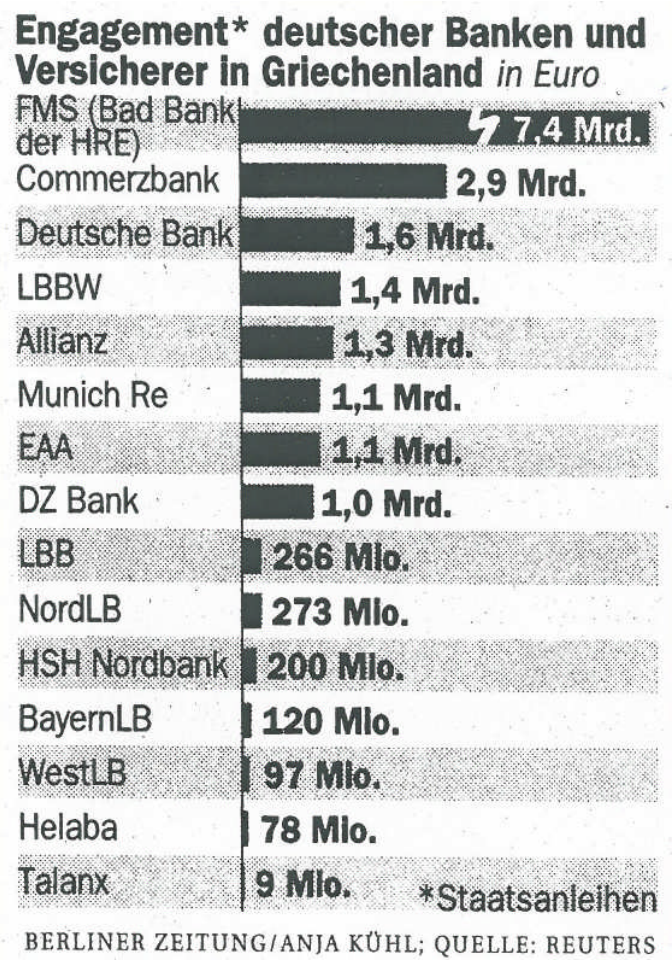
Maßnahmen sieht die Haushaltslage immer noch schlecht aus, insbesondere weil die Rezession durch die Austeritätspolitik vertieft wurde. Das schlimmste für die Griechen wäre, wenn dem Land einen Ausverkauf durchleidet und am Ende doch nur der Gang in die Insolvenz bleibt. Dann hätte Griechenland gleich besser in die Insolvenz gehen können. Wenn man sich die Politik der Bundesregierung und die neue Forderung des EP nach einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakt anschaut, würde ich dieses Szenario nicht ausschließen.

Ich halte die Arbeit an einer neuen Ausrichtung Europas inklusive makroökonomischer Koordinierung aber trotzdem für eine für alle Seiten bessere Lösung als den Weg über eine Insolvenz. Dazu auch ein Papier von mir zu einer "Ausgleichsunion".

Herzliche Grüße

- Dr. Axel Troost –

Anlage:



Bundesministerium
der Finanzen

Steffen Kampeter
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 83
FAX +49 (0) 30 18 682-44 97
E-MAIL Steffen.Kampeter@bmf.bund.de
DATUM 16. Juni 2011

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Michael Schlecht
Platz der Republik
11011 Berlin

BETREFF Ihre schriftliche Frage Nr. 57 vom für den Monat Juni 2011

GZ **E B 1 - WK 3810/11/10001:002**
VII B 3b - WK 5008/11/10003: 001

DOK 2011/0485955
(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

„Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass sich deutsche Banken entgegen der mit dem Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble getroffenen Vereinbarung mit der deutschen Kreditwirtschaft zum freiwilligen Halten griechischer Anleihen laut Bundesbank seit Anfang Mai 2010 von fast einem Drittel ihrer Anleihen getrennt haben hinsichtlich einer effektiven Beteiligung der Gläubiger an der Euro-Rettung sowie dem Konzept der freiwilligen Beteiligung des Bankensektors (Financial Times Deutschland, 9. Juni 2011, S. 17)?“,

beantworte ich wie folgt:

Führende Vertreter der deutschen Finanzwirtschaft hatten sich am 4. und 6. Mai 2010 bereit erklärt, zu den Maßnahmen der Eurozone und des IWF zur Stabilisierung der griechischen Staatsfinanzen und der Sicherung der Finanzstabilität in der Eurozone, freiwillig einen positiven Beitrag zu leisten. Insgesamt haben 13 Finanzinstitute (Banken und Versicherungen) in einer Selbstverpflichtungserklärung ihre Absicht erklärt, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten bestehende Kreditlinien gegenüber der Hellenischen Republik und griechischen Banken und ihr Anleiheengagement gegenüber der Hellenischen Republik für die Laufzeit des Programms, also drei Jahre beginnend im Mai 2010, aufrechtzuerhalten. Die Institute hatten zudem eine freiwillige halbjährliche Berichterstattung an die Aufsicht angekündigt, der sie bisher zum 6. November 2010 und zum 6. Mai 2011 nachgekommen sind.

Die Selbstverpflichtung umfasste zum einen die Zusage, bereits eingeräumte Kreditlinien und Anleiheengagements insgesamt wenigstens bis zum 6. Mai 2013 weiter laufen zu lassen. Der Gesamtumfang der Verpflichtung einschließlich der über Mai 2013 hinaus laufenden Engagements hatte im Mai 2010 einen Umfang von 26,2 Mrd. €. Zum 6. November 2010 betrug der Umfang 21,6 Mrd. €. Per Stichtag 6. Mai 2011 wurde ein Brutto-Gesamt-Exposure von 21,4 Mrd. € angegeben.

Zum anderen wurde zugesagt, diejenigen der Kreditlinien und Anleiheengagements, die vor dem 6. Mai 2013 auslaufen, soweit möglich durch neue Finanzierungen zu ersetzen. Dieser zweite Bestandteil der Verpflichtung bezieht sich also auf den Teil der Forderungen, der eine Laufzeit bis zum 6. Mai 2013 aufweist. Er wurde von der Finanzwirtschaft zum 6. Mai 2010 auf ein Gesamtvolumen von 8 Mrd. € geschätzt. Dieser Betrag hatte sich per 6. November 2010 auf 6,3 Mrd. € reduziert. Zum aktuellen Stichtag 6. Mai 2011 lag das Exposure bei 5,4 Mrd. €.

Bei diesen Zahlen wurde die Auslagerung von Kredit- und Anleihenengagements auf Abwicklungsanstalten berücksichtigt.

Der beobachtbare Rückgang ist allerdings nicht gleichmäßig, sondern war insbesondere auf Institute konzentriert, die sich in Restrukturierungsprozessen befinden, vor allem wenn sie den Vorschriften des europäischen Beihilferechts unterliegen. Hier erfordern die europäischen Restrukturierungsauflagen eine erhebliche Reduzierung von Aktiva, zu denen auch Staatsanleihen und Kreditengagements aus Griechenland gehören können.

Hinweise auf einen gewissen Rückgang des GRC-Exposures finden sich auch in den Veröffentlichungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Anhaltspunkte für die Entwicklung des Exposures gegenüber dem griechischen öffentlichen Sektor lassen sich dabei aus den letzten Quartalsberichten sowie der neuesten Bankenstatistik der BIZ entnehmen – wenngleich die Stichtage nicht identisch mit denen der Selbstverpflichtung sind: Demnach hielten deutsche Banken Ende März 2010 Forderungen in Höhe von rund 23 Mrd. US$ gegenüber dem griechischen öffentlichen Sektor, was einem Anteil von rund ¼ der gesamten Forderungen ausländischer Banken entspricht.

Ende Dezember 2010 lag der Betrag weiterhin bei knapp 23 Mrd. US$. Darin enthalten sind allerdings die Hilfskredite der Bundesrepublik Deutschland an Griechenland, die über die KfW abgewickelt wurden (knapp 8 Mrd. US$) und im Mai und September ausgezahlt worden sind. Ohne diesen Betrag läge der relative Anteil der Exposures deutscher Banken wiederum bei gut ¼ der Gesamtforderungen ausländischer Banken. Der - nach Abzug der KfW-Kredite - beobachtbare Rückgang ist somit im internationalen Vergleich nicht besonders auffällig. Er erklärt sich zudem zumindest teilweise dadurch, dass nicht mehr die Forderungen enthalten sind, die inzwischen auf staatliche Abwicklungsanstalten ausgelagert wurden.

Mit freundlichen Grüßen